

Entlassungen, Kurzarbeit - betroffen sind vor allem die Frauen

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Emanzipation : feministische Zeitschrift für kritische Frauen**

Band (Jahr): **1 (1975)**

Heft 2

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-358281>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Emanzipation



Zeitung der Progressiven Frauen Schweiz (PFS)

Nummer 2 - .50

März 1975

Entlassungen, Kurzarbeit- betroffen sind vor allem die Frauen

Bei der jüngsten Entlassungswelle wurden neben den Fremdarbeitern vor allem Frauen entlassen. Frauen dienen dem Bürgertum als industrielle Reservearmee. Diese Diskriminierung der werktätigen Frauen, die je nach Konjunkturlage in die Arbeitswelt einbezogen werden oder nach Hause geschickt werden, stellt für das Bürgertum ein Instrument zur Spaltung der Arbeiterklasse dar. Diese Spaltung muss überwunden werden, damit die Interessen der Arbeiter und Angestellten - heute insbesondere die Sicherung aller Arbeitsplätze - mit Erfolg durchgesetzt werden können.

In letzter Zeit häufen sich die Meldungen über Entlassungen, Kurzarbeit und Zwangsferien in der Schweizer Presse bedrohlich:

"Kurzarbeit bei Brac AG in Breitenbach ... Kurzarbeit für 55 verheiratete Frauen, davon 20 Schweizerinnen, hat die solothurnische Fabrik für Uhrenrohwerke Brac AG für den Monat Februar angeordnet." NZZ 6.2.75

"Entlassungen und Kurzarbeit ... Betroffen sind in erster Linie Frauen und Fremdarbeiter." NZ 4.2.75

Rorschach: "Frauen-Kurzarbeit bei Feldmühle ... Die Geschäftsleitung teilte mit, dass künftig 90 Frauen in verschiedenen Abteilungen nur mehr reduziert arbeiten können. Die Reduktion beträgt maximal 50% für verheiratete Zweitverdienerinnen und maximal 20% für ledige oder unterstützungspflichtige Mitarbeiterinnen ... Männer werden in der Feldmühle, die insgesamt 630 Mitarbeiter beschäftigt, von der Kurzarbeit nicht betroffen, ..." NZ 31.1.75

"Emser-Werke: Kurzarbeit ... Bei Frauen, deren Männer voll arbeiten, liegt die Arbeitszeit- und Salärreduktion höher, im Maximum bis zu 50%." NZ 1.2.75

"Klimawechsel auf dem Arbeitsmarkt ... Im Jahre 1974 reisten etwa 40 000 weniger Saisonniers ein, und 1975 dürfte diese Zahl der Saisonniers nochmals zurückgehen." NZZ 1./2.2.75

Frauen als industrielle Reservearmee

Diese Zeitungsnotizen zeigen mit aller Deutlichkeit, dass bei der heutigen wirtschaftlichen Rezession als erste die Fremdarbeiter, insbesondere die Saisonniers, und die Frauen auf Kurzarbeit gesetzt werden, Zwangsferien verordnet oder entlassen werden.

Die Frauen dienen den Unternehmern als industrielle Reservearmee, ebenso wie die auf dem Arbeitsmarkt gleichermaßen rechtlosen Fremdarbeiter.

Im Allgemeinen wird die Entlassung oder Kurzarbeit, von der Frauen betroffen sind, als weniger

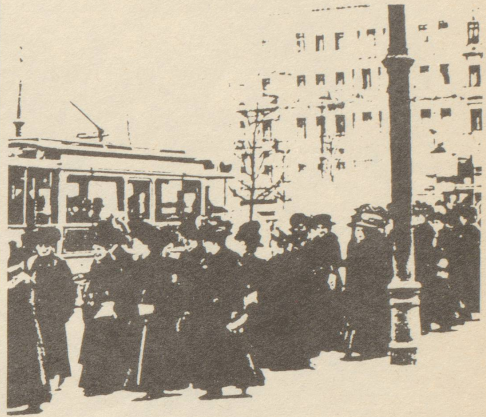
"schlimm" betrachtet, als wenn der "Ermähler" der Familie stempeln gehen muss. Sie sind ja nur Zweitverdienerinnen", heisst es. Dass die Frauen nicht "Zweitverdienerinnen" sind, deren Lohn ohnehin nur für entbehrlichen Luxus verwendet wird, geht aus der Unesco-Studie (Held/Levy: Untersuchung über die Stellung der Frau in der Schweiz, 1974) hervor. 90% der befragten Frauen gehen einer bezahlten Arbeit nach, weil es für die wirtschaftliche Existenz ihrer Familie notwendig ist. Diese Tatsache wird noch dadurch erhärtet, dass die Mehrheit der berufstätigen Frauen aus Arbeiterfamilien stammt.

Jetzt, wo die Bourgeoisie zum Generalangriff auf die Arbeiterlöhne übergeht, der Lebensunterhalt immer teurer wird, die Mieten ständig steigen, die AHV-Leistungen abgebaut werden sollen, die Mehrwertsteuer eingeführt wird, die Arbeiterlöhne immer mehr der kalten Steuerprogression zum Opfer fallen etc. etc. Gerade jetzt sollen die Arbeiterfrauen, die den Unterhalt der Familie mitverdienen müssen, aus der Arbeitswelt vertrieben werden und wieder ihrer "ureigensten, angeborenen" Arbeit, dem Haushalt nachgehen!

Die Frauen sollen wieder in die gesellschaftliche Isolation

Nie zeigt sich deutlicher als in einer wirtschaftlichen Rezession, wie wir sie zur Zeit erleben, dass die Diskriminierung der Frau in Familie und Gesellschaft ökonomisch begründet ist: In der Boom-Zeit werden sie als Manöverarmee zur Lohndämpfung in alle Arbeitsbereiche getrieben, in der Rezession jedoch sollen sich die Frauen auf ihre Mutter- und Hausfrauenpflichten besinnen. Die Eingliederung in die Arbeitswelt wird rückgängig gemacht und die Frauen werden wieder in die gesellschaftliche Isolation getrieben. Auch wenn damit die Arbeiterfamilie den notwendigen Anteil zum Unterhalt der Familie, den die Frau verdient hatte, verliert. Einerseits verbessert sich scheinbar die individuelle Situation der Arbeiterin, die der Doppelbelastung von Arbeiterin und Hausfrau entgeht, andererseits aber gerät sie wieder in die gesellschaftliche Isolation. Die Möglichkeit, als Arbeiterin oder Angestellte ein aktives Element in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung zu werden, sich zu organisieren und Solidarität mit der Arbeiterklasse zu üben, geht verloren. Die Frauen werden an den "häuslichen Herd" zurückgeschickt, die arbeitslosen Fremd- (Schluss Seite 2)

Demonstration zum Internationalen Frauentag in Berlin, 1911



8. März Internationaler Tag der Frau - Kampftag der Frauen

Der Internationale Tag der Frau soll für die Frauen nicht 'Gedenktag' für die Frauen sein, an dem sie sich, für einmal im Jahr, ihrer besonderen Lage bewusst werden. Entstanden als Kampftag der Frauen, sollen an diesem Tag in jedem Land die jeweilig wesentlichsten Forderungen der Frauen propagiert und die revolutionären Frauenbewegungen gestärkt werden.

Im Jahre 1910, mitten in der Auseinandersetzung innerhalb der SPD mit den Revisionisten, stellte Clara Zetkin an der Internationalen Frauenkonferenz in Kopenhagen den Antrag, es solle jährlich in allen Ländern ein Tag der Frau durchgeführt werden. Damit sollte auch die deutsche Frauenbewegung gestärkt werden, die sich unter dem zunehmenden Druck von rechtsopportunistischen Kräften innerhalb der SPD sah. Während die deutsche Frauenbewegung - ebenso wie die Internationale Frauenbewegung unter Clara Zetkin - alle Kräfte gegen den drohenden imperialistischen Krieg mobilisierte, schwenkte die deutsche Sozialdemokratie um auf "Vaterlandsverteidigung". So stärkte der Frauentag in Deutschland den Kampf gegen den Revisionismus.

1911 folgten in Deutschland, Oesterreich, Dänemark und in der Schweiz über eine Million Frauen dem Aufruf der Sozialistinnen. An Veranstaltungen und Demonstrationen (Frauendemonstrationen waren damals noch eine ziemliche Seltenheit) stellten die Frauen die Forderung nach politischer Gleichberechtigung, vor allem in Bezug auf das Wahlrecht. Ebenso wurde der Frauentag zu einer machtvollen Demonstration gegen Imperialismus und Krieg, für Frieden und Internationalismus.

Im Jahre darauf schlossen sich Schweden und Holland den Forderungen der Sozialistinnen an und 1913 demonstrierten die Russinnen an "ihrem Tag" eindrücklich ihre Stärke als revolutionäre Frauenbewegung.

Auch in der Schweiz soll der 8. März so gefeiert werden, dass die im Moment für die Frauen in unserem Land wichtigsten Forderungen aufgenommen werden und ein breites Bündnis gesucht wird, um diesen Forderungen - z.B. Straflosigkeit des Schwangerschaftsabbruches - Nachdruck zu verleihen.

Ebenso wichtig scheint uns die Demonstration der Internationalen Solidarität, die sich im eigenen Land zeigen muss als Solidarität mit den ausländischen Genossinnen und Kolleginnen. ●

Inhaltsverzeichnis

Entlassungen und Kurzarbeit	S. 1
Internationaler Tag der Frau	S. 1
Weg mit dem asozialen Abtreibungsparagrafen	S. 2
Emanzipation	S. 3
Cuba: "Für eine Wissenschaft der Frauenbefreiung"	S. 4
Kurznachrichten	S. 4

**statt Kurzarbeit
40-Std-Woche
statt Entlassungen
AHV-Alter 60/58
POCH**

Entlassungen, Kurzarbeit - betroffen sind vor allem die Frauen (Schluss von Titelseite)

arbeiter werden in ihr Heimatland exportiert. Alle beide erscheinen sie somit in der schweizerischen Statistik nicht als Arbeitslose, und wir haben immer noch - nach Unternehmerlogik - "Ueberbeschäftigung". Die Fremdarbeiter und Frauen haben in der Hochkonjunktur den Unternehmern die Profite gemacht, jetzt können sie gehen. - Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen!

... ein Instrument zur Spaltung der Arbeiterklasse

Die Diskriminierung der Frauen und Fremdarbeiter in der Arbeitswelt bedeutet einen Angriff auf die gesamte Arbeiterklasse: Mit der Diskriminierung eines Teils der Arbeiterschaft (Frauen verdienen bis zu 40% weniger als ihre männlichen Kollegen) hat sich die Bourgeoisie ein Instrument zur Spaltung der Arbeiterklasse geschaffen. Die verschiedenen Teile der Arbeiterschaft werden durch das Bürgertum gegeneinander ausgespielt. So stellen Frauen und Fremdarbeiter zum Beispiel ein geeignetes Instrument zur Lohndrückung dar, nicht nur innerhalb einer Branche, sondern auch über die Branchen hinweg.

Folge: mangelnde Solidarität

Die Folgen der Diskriminierung eines oder mehrerer Teile der Arbeiterschaft führt zu mangelnder Solidarität unter den Arbeitern und Arbeiterinnen innerhalb der Branche aber auch über die Branchen hinweg. Dies bedeutet eine Schwächung der Arbeiterklasse bei der Durchsetzung gemeinsamer Forderungen, z.B. wenn Betriebs-schliessungen drohen.



Die Frauen sind ungenügend organisiert

Dass Frauen am Arbeitsplatz immer noch ihren männlichen Kollegen gegenüber diskriminiert sind liegt unter anderem auch am mangelnden Organisationsgrad der werktätigen Frauen. Die Arbeiterinnen sind kaum gewerkschaftlich organisiert, noch weniger sind sie in den Parteien ihrer Klassen. Einerseits trägt dazu ihre Einstellung zu ihrer Arbeit ausser Haus bei, die sie immer noch, gemäss bürgerlicher, herrschender Ideologie als Notlösung betrachtet. Andererseits liegt dies an der Politik der Gewerkschaften und Parteien selbst, die sich der spezifischen Probleme der Frauen nie aktiv angenommen haben. Eine weitere Barriere gegen den Beitritt zu einer Organisation innerhalb der Arbeiterklasse, ist die geschlechtsspezifische Erziehung. Die Frau wird im Hinblick auf Familie und Kinder erzogen, hier erfüllt sich ihr Frausein. Diese Beschränkung auf die Individualsphäre bildet einen emotionalen Widerstand gegen jegliche Organisierung.

Die Diskriminierung der Frauen auch innerhalb der Organisationen der Klasse, in Gewerkschaften und Parteien, ist nicht böser Wille der Mitglieder dieser Organisationen, sondern ist zu-

Weg mit dem asozialen Abtreibungsparagrafen

Heute, kurz vor der National- und Ständeratsdebatte um die Neuregelung der Abtreibungsartikel, wird die Diskussion um das Problem des Schwangerschaftsabbruchs in Regierungen, Parteien und Organisationen äusserst vehement geführt.

Diskussion der Abtreibung in der Schweiz

Die am 16. Juni 1971 von einer vorwiegend bürgerlichen Initiativgruppe lancierte Initiative verlangt die Strafflosigkeit des Schwangerschaftsabbruchs. Die Vereinigung für strafflosen Schwangerschaftsabbruch (SVSS), die sich anfangs 1973 konstituierte, propagiert zwar die Initiative, zieht jedoch letztere zurück, wenn sich das Parlament für die Fristenlösung mit freier Arztwahl entscheiden sollte. Nach der Einreichung der Initiative wurde vom Bundesrat eine Expertenkommission bestellt, die 3 Vorschläge unterbreitete: Die Indikationslösung ohne soziale Indikation, die Indikationslösung mit sozialer Indikation, die Fristenlösung ohne freie Arztwahl. Das EJPD (Büro Justiz- und Polizeidepartement) sprach sich im Frühjahr 1974 für die erste Variante aus, währenddem sich der Bundesrat in seiner Botschaft hinter die Indikationslösung mit sozialer Indikation stellt. Wie wir wissen, hat sich die Nationalratskommission mit der knappen Mehrheit von 12:11 Stimmen für die Fristenlösung ausgesprochen, entgegen dem Volksbegehren auf straffreien Schwangerschaftsabbruch und dem bundesrätlichen Gegenvorschlag.

Während die bundesrätliche Lösung in keiner Weise eine Verbesserung für die Frau bringt - eine Indikationslösung ist nach wie vor diskriminierend und höchst unsozial - stellt die Fristenlösung

rückzuführen auf die Einwirkung der bürgerlichen Ideologie in die Arbeiterklasse und entspricht den Erfordernissen der Bourgeoisie; denn eine gesplattene Arbeiterklasse ist besser zu kontrollieren und auszubeuten als eine Arbeiterklasse, die geeint, Arbeiterinnen und Arbeiter, Ausländer und Schweizer zusammen, in den Kampf geht.

Für die Stärkung der Partei

Zur Aufgabe einer revolutionären Partei in der Frauenfrage gehört, dass die spezifischen Interessen der werktätigen Frauen aufgegriffen werden und in den Kampf um die Forderungen der gesamten Arbeiterklasse eingereiht werden. Bei der heutigen Tendenz der vorrangigen Entlassung der Frauen gilt es, innerhalb der Arbeiterklasse die Forderung nach Sicherung aller Arbeitsplätze, ungeachtet des Geschlechts oder der Nationalität, aufzustellen.

Die Frauen müssen in die Arbeit der Gewerkschaften und der Parteien einbezogen werden - solange sie noch nicht durch die Entlassungen aus der Arbeitswelt vertrieben worden sind -, stellen sie doch rund einen Drittel der werktätigen Bevölkerung der Schweiz dar. Wenn ihre Interessen wahrgenommen werden, werden sie bald ein aktives Element innerhalb der Arbeiterklasse sein und diese so stärken.

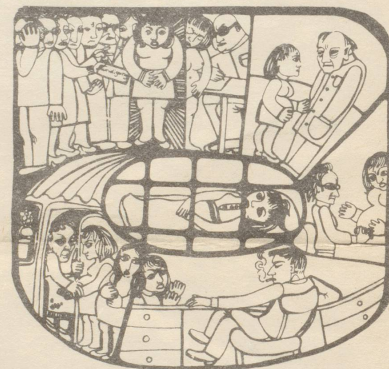
Deshalb:

- Für die Einheit der Arbeiterklasse - zur Durchsetzung gemeinsamer Interessen
- Für die Sicherung aller Arbeitsplätze
- Für die 40-Stunden-Woche bei gleichem Lohn
- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit
- Für den Ausbau der AHV - für die Herabsetzung des Bezugsalters auf 60/58 Jahre
- Für eine gesamtschweizerische Regelung des Mutterschutzes: Gesundheitsschutz. Ausdehnung des bezahlten Schwangerschaftsurlaubs auf mindestens 6 Monate
- Für die Errichtung von Kindertagesstätten - zur Entlastung der werktätigen Frauen ●

eine positive Aenderung der heutigen Situation dar. Durch die Fristenlösung wird die Abtreibung jedoch nicht entkriminalisiert. Wer den offensichtlichen Klassencharakter der Gesetzgebung, insbesondere der Strafgesetzgebung erkennt, stellt die Forderung nach der völligen Freigabe des Schwangerschaftsabbruchs.

Das Bürgertum wehrt sich gegen eine Liberalisierung der Abtreibung

Auch in unseren Nachbarländern laufen langwierige und mühsame Diskussionen um das Abtreibungsgesetz. In der BRD erklärte das Deutsche Verfassungsgericht die Fristenlösung als verfassungswidrig; der Kampf muss wieder neu begonnen werden. In Frankreich wurde nach längsten Parlamentsdebatten eine Fristenlösung angenommen, die jedoch ohne wichtigste soziale Massnahmen wie tarifliche Regelung des Schwangerschaftsabbruchs und Uebernahme durch die Krankenkassen bleibt. Dass die Fristenlösung überhaupt durchkam, ist der geschlossenen Unterstützung durch



die Kommunisten und Sozialisten zu verdanken. In Oesterreich ist die Fristenlösung seit 1975 in Kraft, ihre Ausführung hängt jedoch in grossem Masse von den Chefarzten der gynäkologischen Kliniken ab, die sich z.T. heute - nach dem sie sich jahrelang mit Abtreibungsgeldern saniert haben - wehren, Schwangerschaftsabbruch durchzuführen, da kein lukratives Geschäft mehr winkt. In Italien ist bereits das Akzeptieren der medizinischen Indikation als Erfolg zu werten, ist doch bis anhin das Austragen einer Schwangerschaft über das Leben der Mutter gestellt worden.

Gemeinsam für die Freigabe der Abtreibung kämpfen!

Es hängt nun weitgehend von uns ab, ob eine Liberalisierung des Abtreibungsverbotes kommt. Nur ein Zusammengehen aller Kräfte, die sich mindestens für die Fristenlösung einsetzen, kann die Entscheidung für einen Gegenvorschlag im Interesse der Mehrheit der Frauen beeinflussen. Im besten Fall wird dieser Gegenvorschlag die Fristenlösung mit freier Arztwahl beinhalten. Wir wehren uns ganz entschieden gegen die Versuche des Bürgertums, die Bestimmungen über den Schwangerschaftsabbruch noch zu verschärfen, wir rufen zu einem breiten Bündnis aller an der Strafflosigkeit der Abtreibung interessierten Kräfte auf! ●

POCH-Inform Basel, Unterer Rheinweg 44
Tel. 061/22 63 56, geöffnet jeden Dienstag von 15.30 bis 20.30 Uhr

POCH-Inform Luzern, Uraniahhaus, Friedensstr. 4. Stock, Büro 9, Tel. 041/23 95 69, geöffnet jeden Dienstag von 17.30 bis 19.30 Uhr